

Pressemitteilung

Corona-Krise belastet den Münchner Haushalt sehr

München, 16.11.2020 – Stadtkämmerer Christoph Frey hat dem Stadtrat heute sowohl die Haushaltsplanentwürfe 2021 als auch ein begleitendes Schreiben für den im Dezember fälligen Schlussabgleich vorgelegt, aus dem hervorgeht, dass die Corona-Pandemie den städtischen Haushalt mittelfristig stark belastend wird. Eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik ist also nicht nur 2021 angezeigt, sondern auch in den Folgejahren. Das Schreiben stellt einen Überblick für die Haushaltsberatungen in den kommenden Fachausschüssen dar und bildet die Grundlage für den Schlussabgleich im Dezember.

Das Mehrjahresinvestitionsprogramm (MIP 2020 – 2024) soll fortgeschrieben werden, jedoch mit sinnvollen Einsparungen. Dies sichert die nötigen Investitionen in die Zukunft der Stadt und sorgt für konjunkturelle Impulse.

Zum Entwurf des Schlussabgleichs für den Haushalt 2021

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie prägen weiterhin die Haushaltsplanung der Landeshauptstadt. Der Münchner Stadtrat hatte bereits im Mai 2020 ein umfangreiches Haushaltssicherheitspaket beschlossen, das ein Einsparvolumen von insgesamt 216 Millionen Euro beinhaltet, um der Corona-Krise möglichst gut zu begegnen. Allein bei den Investitionsauszahlungen konnte durch Priorisierung der Vorhaben das Volumen um 49 Millionen Euro vermindert werden.

Da die Corona-Krise in der zweiten Jahreshälfte an Fahrt aufgenommen hat und die Auswirkungen auf das konjunkturelle Umfeld sowie die finanzielle Lage der Landeshauptstadt München immer gravierender werden, schlägt Stadtkämmerer Christoph Frey dem Münchner Stadtrat weiterreichende Sparmaßnahmen vor, um auch in Zukunft einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen zu können und die Nettoneuverschuldung zu begrenzen. Klar ist aber schon jetzt: mindestens 2021 braucht die Landeshauptstadt München auch Unterstützung durch die Bundesregierung und durch den Freistaat Bayer, idealerweise in Form von Gewerbesteuererstattungen. Die Gewerbesteuerausfälle sind in 2021 ff. der maßgebliche Grund für das hohe Negativ-Saldo in der laufenden Verwaltungstätigkeit.

Ergebnishaushalt 2021

Nachdem im Nachtragshaushalt mit um 0,8 Prozent auf 7,3 Milliarden Euro gesunkenen Erträgen gerechnet wird, rechnet auch der Schlussabgleich für das Jahr 2021 mit weiter sinkenden Erträgen, die rund 7,0 Milliarden Euro betragen sollen. Demgegenüber wird mit Aufwendungen in Höhe von rund 8,1 Milliarden Euro gerechnet. Das ordentliche Jahresergebnis beträgt demnach rund -1,1 Milliarden Euro.

Finanzhaushalt 2021

Im Schlussabgleich 2021 wird mit Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von rund 6,6 Milliarden Euro und mit Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von rund 7,2 Milliarden Euro gerechnet. Demnach errechnet sich ein Fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe 549 Millionen Euro.

Investitionsvolumen weiter auf hohem Niveau

Das Investitionsvolumen ist im Mehrjahresinvestitionsprogramm 2020 – 2024 mit knapp über 8,9 Milliarden Euro angesetzt und bleibt damit auf einem hohen Niveau. Schwerpunkte bilden auch



weiterhin die Investitionen in den Neu- und Umbau von Schulen (3,686 Milliarden Euro) und Kinderbetreuungseinrichtungen (364 Millionen Euro) und den Wohnungsbau (1,408 Milliarden Euro).

Pro-Kopf-Verschuldung steigt

Zur Finanzierung dieser Investitionsmaßnahmen muss die Landeshauptstadt München nach einer starken Entschuldung von über 2,5 Milliarden Euro in den Jahren 2006 bis 2020 nun erneut eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 1,32 Milliarden Euro für das Jahr 2021 einplanen. Demnach steigt der Schuldenstand der Landeshauptstadt München auf rund 3,1 Milliarden Euro an. Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt dann ca. 2.094 Euro.

Um einem weiteren Anstieg des Schuldenstandes bis Ende 2024 auf rund 7,303 Milliarden Euro vorzubeugen, schlägt Stadtkämmerer Christoph Frey bis 2024 verschiedene Maßnahmen vor, um einen Schuldenkorridor von unter 6 Mrd. Euro zu erreichen:

- Jährliche Einsparungen in Höhe von ca. 200 Mio. Euro im konsumtiven Bereich und keine Personalbudgetausweitungen (ausgenommen Tarifsteigerungen usw.)
- Reduzierung der Investitionen um jährlich 300 Millionen Euro,

„Die vom Stadtrat im Mai beschlossenen Maßnahmen waren ein erster und wichtiger Schritt, um den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise zu begegnen. Leider belastet die Corona-Pandemie auch weiterhin gravierend die finanzielle Lage der Landeshauptstadt München. Einerseits rechnen wir mit einem deutlichen Einbruch der Gewerbesteuererträge, andererseits wird es bei den Aufwendungen coronabedingte Mehrausgaben geben. Ich werde dem Stadtrat deshalb empfehlen, ganz genau hinzusehen, klare Prioritäten zu setzen und gegebenenfalls zu kürzen. Gleichwohl bleiben wir mit unserem Investitionsvolumen auf einem sehr hohen Niveau, denn Investitionen sind wichtig für eine gute Infrastruktur der Stadt, stärken die örtliche Wirtschaft und sichern Arbeitsplätze“, erklärt Christoph Frey, Stadtkämmerer der Landeshauptstadt München.